

Hg. Schöck (D.V.P.) spricht seine Freude über die verfassungsmäßige Haltung der Bayerischen Regierung in der Gefandtenfrage aus. Wenn England und Italien dem Beispiel Frankreichs folgen sollten, so würde er sich freuen, wenn die Gefandten die Münchener Kunststätten und die Hofbräu besuchten. (Große Heiterkeit.) Sollten sie sich aber in die Politik einmischen, so sei er überzeugt, daß der gesunde bayerische Menschenverstand ihnen bald begrifflich machen werde, sie seien nur lästige Ausländer. Alle Trennungsgelüste des Herrn Millerand würden keinen Erfolg haben. Den Ton der französischen Sirenenklänge, die über den Rhein kommen, kennen wir schon vom Kriege her, wo Frankreich immer wieder versicherte, es wolle uns von der preussischen Hegemonie befreien. Preußen hat Bayern aus dem Rheinbund befreit. Daß ihm die Führung gebührt, erkennen wir gerne an. Die Gefallenen Bayerns würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie hörten, daß sie ihr Blut für einen neuen Rheinbund vergossen haben. Das Reich muß uns doch bleiben!

Der Antrag der Deutsch-Nationalen, der der Regierung das Bedauern über ihre Unterzeichnung ausdrückt, wird abgelehnt. Der Antrag der Mehrheitsparteien, der die Gründe der Regierung für ihr Verhalten in Spa billigt, wird gegen die Deutsch-Nationalen und die Unabhängigen angenommen.

Anßerdem haben die Unabhängigen einen Antrag auf sofortige Einstellung der Kohlenbetriebe eingebracht.

Minister Dr. Simons findet den Antrag, so sympathisch er der Regierung sei, zur Zeit für undurchführbar, da er in die Abmachungen mit der Entente störend eingreife.

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Berlin, 29. Juli. Der Reichstag nahm heute in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit an, nachdem ein Antrag der Unabhängigen auf Schießverbot für Soldaten mit Hilfe des Hammelsprungs mit 192 gegen 142 Stimmen abgelehnt worden war. Da gegen die sofortige Beseitigung der dritten Lesung des Gesetzes der Abg. Brüninghaus Einspruch erhob, ging das Haus zur zweiten Lesung des Reichsnotetats über und erledigte eine Anzahl Kapitel. Zum Schluß erklärte in einer Geschäftsordnungsdebatte Reichswehrminister Geßler, eine Vorlage über die Befreiung der allgemeinen Wehrpflicht, wie sie durch den Friedensvertrag verordnet werde, werde im Herbst eingebracht werden. Morgen werde die Wünsche der Entente entsprechende Notverordnung zur Verfügung kommen.

Die Kosten der Verwaltung im besetzten Gebiet.

Berlin, 29. Juli. Im Hauptausschuß des Reichstages bei dem Titel Vermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete der Abg. Stülpnagel (Soz.) als Referent mit, daß sich dort 150 000 Mann fremder Truppen befinden. Dazu kommen 14 Delegierte der Rheinlandskommission mit ihrem Troß, deren Kosten das Reich bezahlen müsse. Dazu kämen die für den hohen Ausschuß angelegten Kosten von 20 Millionen Mark. Bis Ende April 20 seien von uns bezahlt worden 1783 Millionen Mark in bar, außerdem in unmittelbaren Leistungen 1565 Millionen, insgesamt 3348 Millionen. Die Ansprüche der fremden Offiziere auf Wohnungen und deren Ausstattung seien außerordentlich hoch. Der Delegierte der Rheinlandskommission habe eine Zehn-Zimmerwohnung und für deren Ausstattung 28 000 M. verlangt, während seine Gemahlin noch weitere Forderungen stelle. So wird das Reich an den finanziellen Ruin gebracht werden. Reichsminister v. Kaumer betonte gegenüber diesen Ausführungen, daß in der Tat die Frage aufgeworfen werden müsse, ob Deutschland die Reparationskosten tragen solle, wenn für die Besatzung der besetzten Gebiete eine so unberechenbar hohe Summe ausgegeben werden müsse. Nur eine Verringerung unserer Truppen würde unsere Last abzumildern geeignet sein. Abg. Kocell (Dem.) bespricht die Verhältnisse im besetzten Gebiet aus eigener Anschauung und schildert sie infolge des rücksichtslosen Vorgehens der französischen Okkupationsstruppen als außerordentlich schlimm. Die Abneigung gegen das Vorgehen der französischen Militärs in allen Kreisen der rheinischen Bevölkerung sei stark, und von Separationsbestrebungen könne dort keine Rede sein.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags gegen die schwarzen Besatzungstruppen.

Berlin, 29. Juli. (Haushaltsausschuß.) Müller-Franken (Soz.) regt an, daß das Material über die Franzosen im besetzten Gebiet in einer Broschüre gesammelt und auch in anderen Ländern verbreitet wird. Mumm (D.V.P.) fordert eine einmütige Stellungnahme des Reichstags gegen die schwarzen Truppen. Mehrere Resolutionen wurden angenommen, doch stimmen die Unabhängigen gegen das Verlangen, die schwarzen Truppen durch weiße zu ersetzen. Die Mitteilungen über die Milliardenausgaben für das französische Besatzungsheer im Rheinland werden zum Gegenstand einer Besprechung im Plenum gemacht werden. Sodann wurde der Etat für das Reichsministerium des Auswärtigen genehmigt.

Der bolschewistisch-polnische Krieg. Die Waffenstillstandsbedingungen der Bolschewisten?

Berlin, 29. Juli. Die russischen Waffenstillstandsbedingungen für Polen sind, wie dem „Stuttg. Tagbl.“ geschrieben wird, nach einer Meldung aus Kiew: Polen gibt Wilna, Minsk, Grodno und Cholm auf. Polen liefert das gesamte Kriegsmaterial an Rußland ab, sowie 70 Prozent des Eisenbahnmaterials. Die Sowjetverfassung wird für die Dauer eines Jahres in Polen eingeführt. Polen bestimmt dann selbst seine neue Verfassung. Polen wird für die Dauer von 5 Jahren militärisch besetzt. Als Pfand werden russisches Salz und Kohlengruben an Rußland überlassen. (Auf einer solchen Grundlage läme natürlich kein Frieden zustande.)

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöfte des: 1. Albert Pfeiffle, Gießer; 2. Jakob Manz, Straßenwari; 3. Christian Müller, Tagelöhner, in Stammheim. Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182 bis 192 der Min.-Verfügung hiezu v. 11. Juli 1920 (S. 317 ff.) ergehen folgende Anordnungen:

A. Sperrbezirk: die versuchten Gehöfte Ziffer 1-3.
B. Beobachtungsgebiet: der übrige Teil der Gemeinde Stammheim.

C. In den Umkreis von 15 km um den Seuchenort werden einbezogen die Gemeinden des Bezirks, ausgenommen: Agerbach, Aichhalden, Hornberg, Neuweiler und Zwerenberg, und folgende Gemeinden der Nachbarämter: 1. im Oberamt Nagold wie bei Althengstett; 2. im Oberamt Neuenbürg wie bei Althengstett; 3. im Oberamt Leonberg wie bei Althengstett; 4. im Oberamt Herrenberg; Oberjesingen, Gärtringen, Kuppingen und Affstett; 5. im Oberamt Böblingen wie bei Althengstett; 6. Bezirksamt Forzheim wie bei Althengstett. Für diese einzelnen Gebiete gelten die gleichen Bestimmungen wie bei dem Seuchenfall in Holzbrunn (ämtl. Bekanntmachung im Calwer Tagblatt Nr. 155 u. 156).

Jeder weitere Ausbruch oder Verdacht der Seuche ist der Ortspolizeibehörde sofort nach dem Auftreten der ersten Krankheitsercheinungen anzuzeigen. Verletzungen der Anzeigepflicht oder der vorstehend angeordneten Schutzmaßregeln unterliegen den Strafbestimmungen des § 328 StGB. und der §§ 74 bis 77 des Viehseuchengesetzes und ziehen den Verlust des Entschädigungsanspruches für Rindvieh nach sich.

Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, die für ihre Gemeindebezirke zutreffenden Maßnahmen in ordnungsmäßiger Weise bekannt machen und die Einhaltung streng überwachen zu lassen. An den Haupteingängen des Sperrbezirks und des Beobachtungsgebietes sind Tafeln mit der durch § 185 Abs. 2 bezw. § 189 Abs. 2 vorgeschriebenen Aufschrift leicht sichtbar anzubringen.

Calw, den 28. Juli 1920. Oberamt: Oberamt. G. S.

Die Bedingungen der Alliierten für eine Konferenz mit Sowjetrußland.

London, 30. Juli. Zur russischen Frage sagte Lloyd George, die englische Regierung sei jetzt im Besitz der Ansicht der italienischen Regierung, die durchaus mit dem Standpunkt der englischen Regierung übereinstimme. Die Alliierten hätten sich über den Wortlaut der Antwort geeinigt, die von der englischen Regierung an die Sowjetregierung abgesandt werden solle. Lloyd George betonte, daß das Einvernehmen reiflos sei. Die Antwortnote lautet folgendermaßen: Die englische Regierung ist jetzt nach Beratung mit ihren Alliierten in der Lage, folgende Antwort auf Tschitcherins Telegramm vom 27. Juli zu senden: Die englische Regierung schlägt unter der Voraussetzung, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Sowjetrußland und Polen bevorsteht, ihren Alliierten vor, an einer in London abzuhaltenen Konferenz, auf der auch die Sowjetregierung vertreten sein wird, teilzunehmen.

Englische Auffassung über die vermutliche Haltung der Sowjetregierung.

(W.B.) Paris, 29. Juli. Von ausländischer englischer Seite wurde der Londoner Korrespondent des „Petit Journal“ zu der Erklärung ermächtigt, man könne annehmen, daß die alliierte Note an die Sowjetregierung entweder von Lloyd George oder noch wahrscheinlicher von Lord Curzon unterzeichnet sein werde. In London glaubt man, daß Moskau wegen der gestellten Bedingungen, Einwendungen erheben werde, namentlich dagegen, daß der Frieden mit Polen unterzeichnet sein müsse, bevor man die anderen Punkte bespreche und daß die Randstaaten an der Londoner Konferenz teilnehmen sollen. Wahrscheinlich werde jedoch die Antwort der Sowjetregierung ausweichend sein, die Besprechungen nicht abzubrechen und zulezt würden die Sowjetvertreter doch noch nach London kommen. Die Konferenz werde wahrscheinlich nicht vor dem 15. Sept. stattfinden und ziemlich lange dauern.

Die Sowjets

wollen die Randstaaten nicht anerkennen.

Kopenhagen, 29. Juli. Wie „B. Tid.“ aus Helsingfors meldet, berichtet ein Revolver Blatt, daß hochstehende Persönlichkeiten innerhalb der russischen Sowjetregierung erklärt hätten, die Sowjetregierung habe niemals die Selbständigkeit der Randstaaten ernst genommen. Es wäre wünschenswert, wenn die baltischen Länder selbst die Frage ihres Anschlusses an Rußland aufwerfen würden. Im entgegengegesetzten Falle würden sie dazu gezwungen werden. Die wichtige Frage sei, wann der Weg Rußland durch Estland und Lettland an die Ostsee eröffnet werde.

Ausland.

Soldatendemonstration in Brüssel.

(W.B.) Brüssel, 29. Juli. (Havas.) Im Verlaufe einer am Donnerstag von gewissen Frontsoldaten veranstalteten Manifestation durchbrachen diese den Polizeikordon um das Gebäude der Deputiertenkammer und drangen in den Sitzungssaal ein.

Die internationale Bergarbeiterkonferenz.

Berlin, 30. Juli. Einer Meldung des „B. Tgl.“ aus Genf zufolge haben sich zur Teilnahme an der am Montag beginnenden internationalen Bergarbeiterkonferenz bisher 70 Engländer, 35 Deutsche, 25 Franzosen, 15 Belgier, 1 Oesterreicher und 1 Ungar angemeldet. Auf der Tagesordnung steht die von den Engländern vorgeschlagene Nationalisierung der Bergwerke in allen Staaten und die zwei deutschen Vorschläge, nämlich: internationale Verteilung der Kohlen und Einführung des Sechstundentags. (Allen Erfahrungen nach wird auch diese Konferenz, von der sich die deutschen Vertreter Hilfe ihrer Kollegen gegen den Ententekapitalismus versprechen, ausgehen wie das Hornberger Schießen, denn die Engländer, Franzosen und Belgier werden ihre nationale Gesinnung bei den Beratungen nicht in den Hintergrund zu drängen vermögen. Es wurde auch schon mitgeteilt, daß die Be-

treter dieser Staaten für einen Protest gegen die Kohlenforderungen der Entente und damit die Mehrleistungen der deutschen Bergarbeiter nicht zu haben seien.)

Die Zustände in Irland.

Amsterdam, 29. Juli. Die englische Regierung hat laut „Allgemein Handelsblatt“ eine Anzahl ehemaliger Offiziere zur Dienstleistung in Irland unter die Waffen gerufen. — In West-Cork ist wieder ein Polizeibeamter erschossen worden. In Clonakilly steckten die über die Ermordung eines Beamten erbitterten Polizisten das Rathaus in Brand. Als die Flammen durch die Bemühungen der Bevölkerung gelöscht wurden, zerstörten die Polizisten das Innere des Gebäudes vollständig. Am Dienstag ist ein Bataillon Füsiliers von Aldershot nach Irland abgegangen.

Sozialistische Propaganda in der Tschechoslowakei gegen den Militärdienst.

Frag, 30. Juli. „Narodny Politika“ verbreitet die Meldung, daß von den deutschen und den tschechischen Sozialisten eine eifrige Agitation gegen die bevorstehenden Aushebungen betrieben werde. Am 1. August werden Massenveranstaltungen der sozialistischen Jugend veranstaltet, um gegen den Militarismus zu demonstrieren.

Unstimmigkeit im japanischen Kaiserhaus?

(W.B.) Tokio, 29. Juli. Der Präsident des Repräsentantenhauses teilte mit, daß sich der Gesundheitszustand des Mikado gebessert habe und zu seiner Besorgung Anlaß gebe. Der Kronprinz hat Tokio verlassen und sich nach Anzaita begeben (!).

Bermischtes.

Schwere Ausschreitungen in Danzig.

Danzig, 29. Juli. Anlässlich einer heute Nachmittag auf dem Heumarkt abgehaltenen Demonstrationsversammlung kam es zu schweren Ausschreitungen vor dem Regierungsgebäude. Der in diesem Gebäude an einer Sitzung des Staatsrats teilnehmende Oberbürgermeister Sahn wurde gewaltsam aus der Sitzung herausgeholt, um zu der aufgeregten Menge zu sprechen. Als der Oberbürgermeister vor der Menge erschien, drangen viele auf ihn ein und mißhandelten ihn schwer. Er wurde angespien und von vielen, die ihn erreichen konnten, ins Gesicht geschlagen. Der Oberbürgermeister mußte von der Treppe des Landeshauses aus der Menge versichern, daß er sich für die Erfüllung ihrer Forderungen einsetzen werde. Beim Abzug der Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr, die eine nach dem Gerichtsgefängnis führende Straße absperre, da laut geworden war, daß eine gewaltsame Befreiung der politischen Gefangenen beabsichtigt sei. Durch Maschinengewehrfeuer wurde ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt.

Die Juristin.

In der preussischen Landesversammlung kam ein demokratischer Antrag über die Zulässigkeit der Frauen zum juristischen Vorbereitungsdienst und zur zweiten juristischen Prüfung zur Beratung. Im Ausschuß wurde die Uebereinstimmung darüber erzielt, daß nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen Frauen nicht mit selbständigen richterlichen Handlungen oder einer selbständigen Tätigkeit als Gerichtsschreiber betraut werden könnten und es ergab sich die Frage, ob trotzdem durch einfache Anweisung des Parlaments an das Justizministerium der juristische Ausbildungsweg für die Frauen eröffnet werden könne. Schließlich nahm der Ausschuß gegen die Rechtsparteien eine Entschliebung des Zentrums an, die den Justizminister auffordert, Frauen unter den gleichen Voraussetzungen zuzulassen, ohne daß sie dadurch die amtliche Stellung von Referendaren und Assessoren erhalten, was nach dem Stand der Gesetzgebung nicht zulässig wäre.

Die Zukunft des Zeppelin-Luftschiffbaus.

Ein Mitglied der Redaktion des „Stuttg. N. Tbl.“ hatte mit dem kürzlich aus Amerika zurückgekehrten Kommerzienrat Colsmann und Dr. Cäner eine Unterredung, in der er nähere Auskunft über die künftige Lage des Zeppelinluftschiffbaues erhielt. Die Verwaltung der DeLag beabsichtigte demnach, die im vorigen Jahr mit so großem technischen Erfolg durchgeführten Fahrten neuer wieder aufzunehmen. Die Ententekontrollkommission unterband dies durch einseitig willkürliche Auslegung des Pariser Vertrags. Im Mai d. J. verfügten die Feinde, daß der Fahrbetrieb solange nicht aufgenommen werden könne, bis die Entschädigung für die 1919 zerstörten Marineluftschiffe festgesetzt sei. Später wurde dann bestimmt, daß beide Luftschiffe an die Entente abgeliefert werden müßten. Auch eine der beiden großen Friedrichshafener Hallen, die große Werfthalle, soll abgebrochen werden, weil sie kriegerischen Zwecken nutzbar gemacht werden könnte. Das bedeutet eine völlige Lahmlegung des deutschen Luftschiffbaues. Es wird deshalb von der Verwaltung des Luftschiffbaues Zeppelin ein Fabrikbetrieb auf internationaler Grundlage angestrebt und diesbezügliche Verhandlungen mit Holland, Schweden und den Vereinigten Staaten gepflogen. Die Abmachungen in Amerika sind noch nicht zu einem greifbaren Resultat gekommen. Der Wunsch nach einem transatlantischen Luftverkehr ist in weiten Kreisen der amerikanischen Hochfinanz stark ausgeprägt. Alles scheint darauf hinzuweisen, daß der deutsche Luftschiffbau, der Zeppelinbau, ins Ausland getragen werde. Die für die Entente notwendig werdenden Ersatzbauten sorgen zunächst dafür, daß in Friedrichshafen einstweilen noch weiter gearbeitet wird. Die Zulassung Deutschlands zur internationalen Luftkonvention ist mit allen Mitteln anzutreiben.

Deutschland.

Amerikanische Finanzhilfe für Deutschland.

Berlin, 30. Juli. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge erfährt die „Frankfurter Ztg.“, daß amerikanische Finanzleute bereit sind, Deutschland für die Wechsel, die es zur Deckung der

Invaliden-Versicherung.

1. Nach dem Gesetz vom 20. Mai 1920 erhalten Personen, die auf Grund der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung eine Invaliden-, Alters- oder Hinterbliebenenrente beziehen, eine Zulage zu ihrer Rente. Die Zulage beträgt mit Wirkung vom 1. Juli 1920 an (an Stelle der bisherigen Zulagen) für Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente monatlich 30 Mark (seither 20 Mark), für Empfänger einer Witwen- oder Waisenrente monatlich 15 Mark (seither 10 Mark), für Empfänger einer Waisenrente monatlich 10 Mk. (seither 0).

Empfänger einer Kriegsbeschädigtenrente von mehr als 66% Prozent, sowie Empfänger einer Kriegshinterbliebenenrente erhalten die neuen Zulagen nicht. Sie beziehen aber ihre seitherige Zulage bis zum 31. Dezember 1920 weiter. Die Zulagen werden mit der Rente monatlich im voraus bei der Post ausbezahlt.

2. Gleichzeitig ist ab 1. August 1920 der Wochenbeitrag zur Invalidenversicherung in

- Lohnklasse I von 18 Pfg. auf 0.90 Mk.,
- Lohnklasse II von 26 Pfg. auf 1.00 Mk.,
- Lohnklasse III von 34 Pfg. auf 1.10 Mk.,
- Lohnklasse IV von 42 Pfg. auf 1.20 Mk.,
- Lohnklasse V von 50 Pfg. auf 1.40 Mk.

erhöht worden. Von diesem Zeitpunkt an dürfen alte Beitragsmarken nicht mehr verwendet werden.

Calw, den 29. Juli 1920.

Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung.

Zavelstein.

Zu unserer

am Sonntag, den 1. August, nachmittags 2 1/2 Uhr in der Kirche stattfindenden

Jahres-Konferenz

laden wir hiemit herzlich ein.

Thema: „Der Sieg des Glaubens“.

Redner: Fabrikant Blank und andere.

Die Gemeinschaft.

Neuweiler.

Einer geehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung zur Mitteilung, daß ich

meine Wirtschaft von heute ab bis auf weiteres geschlossen halte.

Joh. Seeger, Gasthof zum „Hirsch“.

Zur Ausführung

elektr. Licht- und Kraftanlagen, Klingelanlagen, Reparaturen aller Art,

empfehlen sich

Adolf Braun, Biergasse Nr. 128, Installations-Geschäft.

! Gegen Maul- und Klauenseuche !

Spezial-Desinfektionsmittel

empfehlen

Neue Apotheke.

Neue, sowie noch alte Kartoffeln sucht zu kaufen.

Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein zum erstenmal 10 Wochen trüchtiges

Mutter-schwein

steht dem Verkauf aus Leopold Schnaible, Wildberg Oberamt Nagold.

Lieferer von nächster Woche ab jedes Quantum

Stroh

franko zu billigsten Tagespreisen.

Karl Wolf, Wirt, Weiberstadt, Tel. 34.

Oeffentlich. Vortrag

am Montag, den 2. August, abends punkt 8 Uhr im Saale des Gasthofs „Badischer Hof“ in Calw

Das Ende naht!

Was folgt?

Redner: Herr E. Weigel, Prediger, Dresden.

Eintritt frei! Jedermann freundlich eingeladen!

Der Redner spricht in seiner bekannten Weise, die Herz und Sinn befriedigt, über: Gottes Wort zuverlässig, jedoch mißverstanden und verdunkelt. Gottes Stellungnahme zur gegenwärtigen Weltkrise. Ungerechtigkeit und Gewalt-herrschaft nicht zwecklos zugelassen. Der Krieg im Lichte der Bibel. Die bevorstehende noch gewaltigere Weltkatastrophe u. ihr Ausgang nach göttl. Prophezie.

Die kommende Herrschaft Gottes

als einzige Hilfe, gerecht, machtvoll, lieblich, ein Segen f. all. Volk. Selbsterkenntnis notwendig. Jedem Menschen volle Lebensrechte. Vergeltende Gerechtigkeit.

Wie entstand das Leben? Was ist der Tod?

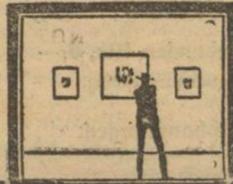
Wann hört die Herrschaft des Todes auf? — Gibt es eine Auferstehung? Erkenntnis über Gottes Plan bewahrt vor Unruhe und Verzweiflung!

Niemand veräume diesen Vortrag! Pünktl. Erscheinen erbeten!

Voranzeige!

Die große Zirkuswunderschau Wende

trifft demnächst mittels Sonderzugs hier ein.



G. DELFFS KUNSTHANDLUNG INHABER FRITZ BOEGL IN PFORZHEIM

ZEIGT HIERMIT AN, DASS SEINE STÄNDIGE AUSSTELLUNG FÜR ALTE UND NEUE GRIFSELKUNST JEDERMANN UNENTGELTICH UND OHNE KAUFZWANG ZUR BESICHTIGUNG OFFEN STEHT. ZUR ZEIT IST AUSGESTELLT: MAX KLINGER: VOM TODE RAD.-OP. XI. IN 2 MAPPEN. ZELT. RAD.-OP. XIV. IN 2 MAPPEN. HANS MEID: 20 RADIERUNGEN ZUR BIBEL. IN 4 MAPPEN. 15 RADIERUNGEN ZU MOZART'S OPER DON JUAN. 9 RADIERUNGEN ZU SHAKESPEARE'S OTHELLO.

Die Ausstellung ist täglich geöffnet von 8-12 Uhr und 3-6 Uhr. — Sonntags geschlossen. Fernruf 317. Pforzheim,ENZSTRASSE 17.

Etwa

60 Ztr. Heu

(gutes Wiesenfutter), hat zu verkaufen

August Weber, Bad-Seinach.

Ferner versteigere am 15. Aug. 1920 nachm. 4 Uhr, den Ohndgrasertrag von ungefähr 4 Morg. Wiese. Der Obige.

Schafwollgarne, Herren- u. Damen-Kleider,

Stoffe jeder Art,

färbt und reinigt waschecht in allen Farben rasch und billig.

Annahme bei:

K. Reisser, Pforzheim, Schlossberg 11.

E. Reisser, Liebenzell, Kirchstr. 182.

Verkaufe

3 junge Schlachtreife

Gänse.

Karl Handt, Ernstmühl.

okomobile

fährt, gut erhalten, auch mit Dreischmaschine, sucht Stieber Amberg (Obpf.)

Concordia Calw.

Morgen Samstag abend 1/2 8 Uhr

Generalversammlung im Lokal, wozu wir unsere verehrt. Mitgl. höflich einladen. Der Ausschuß.

Weißgelbes Käzchen am Donnerstag abhandeln gekommen. Bitte um Rückgabe oder um Mitteilung über den Verbleib.

Bahnhofstraße 573 (Scharfes Eck.)

Rottweiler Geld-Lotterie

Ziehung 6. Aug. 1920. 3292 Geldgewinne m. Mk 66000 Hauptgewinne Mark 25000 5000, 4 mal 1000 Lose zu 2 Mark Porto und Liste 90 Pfg. mehr

J. Schweickert Lotterie-Einnahme Stuttgart, Marktstrasse 6. Tel. 1921. Postscheckkto. 2055 sowie in allen Verkaufsstellen.

Lüchtiges Mädchen

zu baldigem Eintritt gesucht. Frau S. Rühle, Zwirnerei, Calw.

De kanzeige.

Weißer Niesenrammler

„Ehrenpreis“ prämiert, steht zum Decken frei. Untere Marktstr. 84.

Milchschweine

6 Wochen alt, hat zu verkaufen Karl Eberle, Lehningen, Amt Pforzheim.

An d. organisiert. Arbeiterschaft des Oberamts Calw.

Von morgen Samstag früh 8 Uhr ab werden im Büro der Ortsgruppe des Textil-arbeiterverbandes, Bischofstraße 473

Anträge Schuhwaren für Männer, Frauen und Kinder

entgegen genommen. Der Verkauf findet nur an freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und deren Angehörige statt. Mitgliedschaftsausweis ist mitzubringen. Bei der Bestellung ist je nach Preislage eine Anzahlung von 25 - 50 Mark zu leisten. Regere Beteiligung erwartet, da mit einem Billigerwerden nicht zu rechnen ist

der Ortsauschuß Calw d. Allg. D. G. NB. Die Muster für Trikotwaren werden in Bände eintreffen.



Veteranen-Berein Calw.

Nächsten Sonntag nachmittags 3 Uhr

Monatsversammlung

bei Gustav Schwämmle „d. Ochsen“.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Eine neue

Originalschiffschaukel

ist am

Sonntag und Montag in Bad-Seinach auf dem Spielplatz in Betrieb, wozu jedermann herzlich eingeladen ist.

Hochzeits-Einladung.

Hiermit beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 31. Juli und Sonntag, den 1. August 1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur „Krone“ in Möttlingen freundlichst einzuladen.

Ernst Waidelich, zur „Krone“, Möttlingen.

Margarethe Schwarz, Jainen Oberamt Neuenbürg.

Kirchgang 1/2 12 Uhr.

Möbel

für Wiederverkäufer oder Brautpaare.

6 Kleiderkästen, doppeltürig, 6 Paar Bettladen und 12 Nachttische aus Tannenholz in erstklassiger Ausführung verkauft.

Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Fleißige Frau

für einige Vormittagsstunden zur Aushilfe gesucht.

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes und das Arbeitsamt.

Gewandtes, fleißiges, jüngeres

Mädchen,

möglichst gelernte Spulerm, wird für sofort gesucht von Liebenzeller Filzfabrik Liebenzell.

Breitenberg.

1 Paar schöne

Stiere

zum Angebühren sehr dem Verkauf aus

Friedrich Weinmann.

Kurzgefähtes, trockenes

Brennholz

in Fuhrern zu Mk. 70.— kann sofort geliefert werden

L. Rärcher, Sägewerk Hirzau.

Fernsprecher Nr. 120. R A F F E E

in bekannt gut. Mischung, roh u. jede Woche frisch gebrannt empfiehlt bestens

C. Serva.